

"Ins Wasser" in Der Spiegel (16. Februar 1976)

Legende: Am 16. Februar 1976, zum Beginn der Beitrittsverhandlungen Griechenlands zu den Europäischen Gemeinschaften, analysiert die deutsche Wochenzeitung Der Spiegel die Wirtschaftslage Griechenlands.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; RHerAusgeber Engel, Johannes K.; Böhme, Erich. 16.02.1976, Nr. 8; 30. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"ins_wasser"_in_der_spiegel_16_februar_1976-de-9cad71a2-3b8e-4932-a647-dae91669eb1f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

GRIECHENLAND

Ins Wasser

Gegen die Empfehlung der EG-Kommission, Griechenland auf die Warteliste zu setzen, beschloß der Ministerrat, die Beitrittsverhandlungen noch in diesem Jahr zu beginnen.

Die Wut kannte keine Parteigrenzen. „Schämt euch, Mandarine“, entrüstete sich die rechte Tageszeitung „Vradyni“, die liberale „To Vima“ sprach von „beispielloser Erpressung“, die linke „Eleftherotypia“ schrieb: „Verrat!“

Am vorletzten Donnerstag hatte die EG-Kommission der Neuner-Gemeinschaft beschlossen, die von Athen erbetene Aufnahme Griechenlands als zehntes Mitglied in die EG erst nach einer zeitlich unbefristeten „vorbereitenden“ Phase zu vollziehen.

Premier Konstantin Karamanlis ließ daraufhin die Botschafter der neun EG-Länder zu sich rufen, um ihnen gereizt zu erklären, sein Land wolle eher auf den Beitritt verzichten als „auf eine die Würde der Nation verletzende Weise“ aufgenommen werden.

Karamanlis hatte Erfolg: Entgegen dem Beschluß der Kommission entschied der Ministerrat der EG vorigen Montag, daß Griechenland keine Vorphase zu durchlaufen brauche, sondern im Gegenteil für die Anpassung an die EG eine Übergangsfrist erhält wie seinerzeit Großbritannien. Frankreichs „Le Monde“: „Eine Ohrfeige für die Kommission.“

In Athen schlug die Wut in Siegesstimmung um. Die Karamanlis nahestehende Zeitung „Vradyni“ jubelte: „Die Politik von Konstantin Karamanlis sicherte die Lorbeeren einer nationalen Großtat.“

Dem Premier, der Griechenland vor fast 14 Jahren mit der EG assoziiert hatte, war es in der Tat weniger um bessere Absatzbedingungen für Tabak, Pfirsiche und Tomaten gegangen als vielmehr um die Sicherung der neuen Hellas-Demokratie vor ränkeschmiedenden Militärs im Innern und säbelrasselnden Türken in der Nachbarschaft.

Ein demokratisches Griechenland, hatte Karamanlis geglaubt, würden sich die Europäer getrost etwas kosten lassen und sein Land zu vergleichbaren Bedingungen wie etwa Irland in ihre Gemeinschaft aufnehmen.

Griechenland ist auf den EG-Beitritt genauso wenig vorbereitet, wie es 1961 auf die Assoziierung vorbereitet war. Als Karamanlis 1961 das Abkommen unterzeichnete, bedeutete er seinen Industriellen: „Ich habe euch ins Wasser gejagt. Jetzt müßt ihr schwimmen.“

Die verordnete Kur bekam dem Land. Binnen zwölf Jahren nahm das griechische Bruttoinlandsprodukt um 126 Prozent zu, das der Neuner-Gemeinschaft dagegen um nur 62 Prozent. Die Exporte wuchsen schneller als die der EG. 1975 machte der griechische Industrieexport bereits zwei Drittel der Gesamtexporte des Landes aus, 1962 waren es lediglich 15 Prozent. Das Defizit im Handelsverkehr mit der Gemeinschaft wurde von 68 auf 50 Prozent des Gesamtdefizits begrenzt.

Trotzdem klaffen Einkommen, Lebens- und Entwicklungsstandard der Griechen und der EG-Europäer noch immer weit auseinander.

Das Neun-Millionen-Land, mit 132 000 Quadratkilometern fast so groß wie Dänemark, Belgien und Irland zusammen, hinkt mit einem Bruttosozialprodukt pro Kopf von 2235 Dollar zwar nicht wesentlich hinter Irland (2370) her, wohl aber hinter dem EG-Tabellenführer Bundesrepublik (5890).

Ein griechischer Industriearbeiter verdient noch nicht einmal ein Drittel des Stundenlohns, den sein deutscher Kollege bekommt. Über eine Million Griechen zwang das Lohngefälle in den vergangenen zehn Jahren zur Abwanderung, überwiegend in EG-Länder. Trotz reichlicher Rücküberweisungen fallen

Vergleiche nach wie vor deprimierend aus: 39 von 1000 Griechen fahren ein Auto (Bundesrepublik: 280), 187 haben ein Telefon (Bundesrepublik: 287), 58 einen Fernsehapparat (Bundesrepublik: 272).

Griechenland ist nach wie vor agrarisch orientiert. Ist in der Bundesrepublik nur noch jeder fünfzehnte in der Landwirtschaft beschäftigt, so ist es in Griechenland jeder dritte der Bevölkerung.

Noch krasser ist die Lage der Industrie, die griechische beschäftigt prozentual nur etwa halb soviel Arbeitskräfte wie die bundesdeutsche. Wollte Griechenland bis 1985 mit seiner Gesamtproduktivität heutiges EG-Niveau erreichen, müßte es jährliche Zuwachsraten von neun Prozent erzielen.

Experten schätzen, daß Athen für Strukturwandel und Anpassung seiner Landwirtschaft und Industrie in den kommenden fünf Jahren etwa 1,5 Milliarden Dollar an EG-Krediten benötigen würde. Allein 1976 würde Griechenlands Beitritt für den EG-Haushalt eine Nettobelastung von 300 Millionen Rechnungseinheiten bedeuten.

Weitere Bedenken der EG-Kommission, denen sich auch die Deutschen anschlossen: Die innere Entwicklung der Gemeinschaft könnte durch einen neuen Partner gestört, der Integrationsprozeß verlangsamt werden – wie schon bei der Aufnahme Großbritanniens, Dänemarks und Irlands.

Würde überdies Griechenlands Drängen in die EG nachgegeben, so könnten Beitrittswünsche Spaniens, Portugals und der Türkei schlecht zurückgewiesen werden.

Anders als erwartet hatten sich die Kommissionsmitglieder Frankreichs und Italiens, die wegen gleichartiger Agrarprodukte als Konkurrenzländer Griechenlands galten, gegen den Wartestand und damit für eine Verstärkung des Mittelmeerflügels eingesetzt. Der Pariser EG-Vertreter wandte sich gegen eine Behandlung Griechenlands als „Land zweiter Klasse“, der Römer wollte die EG nicht als „Klub der Reichen“ sehen. Am griechenfeindlichsten gebärdeten sich die Briten, einst Verbündete und Schutzmacht des Ägäis-Staates.

Auf die Uneinigkeit in der Kommission setzte auch Griechenpremier Karamanlis, als er die EG-Länder aufforderte, den „Fehler“ der Kommission wiedergutzumachen.

Im Ministerrat bestanden dann Frankreich, Italien und Holland darauf, daß man Griechenland keine Wartefrist zumuten könne. England, Belgien und Dänemark stellten sich dagegen. Den Ausschlag gaben die Deutschen: Bonns AA-Chef Genscher schlug sich auf die Seite Frankreichs.

Heraus kam ein Kompromiß, der einstimmig gebilligt wurde: Auftrag an die ständigen Vertreter in Brüssel, die Aufnahme von Verhandlungen vorzubereiten, die etwa in einem halben Jahr beginnen sollen. Über den Termin werden die EG-Regierungschefs endgültig bei ihrem Treffen am 1. April in Luxemburg entscheiden.

Griechenlands Staatsrundfunk feierte den Premier als Sieger. Kritiker verdächtigen ihn, er wolle noch im Frühjahr Neuwahlen ausschreiben und sich dann von einer sicheren Parlamentsmehrheit zum neuen Staatspräsidenten wählen lassen – noch bevor die Beitrittsverhandlungen mit der EG neue Enttäuschungen bringen.